

mit abgeschlossenem Studium sollen die Arbeit in den ökumenischen Zentren tragen, Forschungsstätten verschiedenster Art. Ja, es wird sogar, wie in den USA schon geübt, an „föderative Zusammenschlüsse“ von Universitäten und anderen Instituten zum Zwecke der gemeinsamen Einrichtung und Nutzung von Bibliotheken usw. gedacht bzw. an „Interkonfessionelle Institute“, deren Forschungsprogramm umfassend charakterisiert wird, und die neben den theologischen Disziplinen auch dem Dialog mit dem Atheismus und der Nutzung der Massenmedien dienen sollen. Die Friedensforschung wird leider nicht genannt, aber sie wird auch nicht ausgeschlossen, denn sie liegt im Programm, das der Papst oft gesagt wiederholt hat.

Kein Sprung, aber ein entschiedener Schritt

An den letzten Abschnitten über Studierende, die ihr Theologiestudium noch nicht abgeschlossen haben, ist deutlich die Vorsicht des bei der Abfassung herangezogenen Sekretärs der Studienkongregation, Erzbischof J. Schröffer, zu erkennen. Es wird sehr auf die Festigkeit des eigenen katholischen Glaubens gesehen, die Voraussetzung dafür ist, daß unter Aufsicht der kirchlichen Autorität

auch die Studenten dem Unterricht in Instituten und Seminaren anderer christlicher Gemeinschaften beiwohnen können. Es schwingen hier zweifellos Erfahrungen mit dem auch unter katholischen Studenten verbreiteten „wildem“ Ökumenismus mit, der naturgemäß von einem vatikanischen Direktorium nicht gefördert werden kann, aber vielleicht nun erst recht Auftrieb bekommen könnte, weil schließlich alles auf akademischer Ebene gehalten wird. Dennoch ist es wohl nicht ganz angemessen, wenn „Publik“ (22. 5. 70) seinen Bericht über das Dokument überschreibt: „Ein Sprung nach vorn in der ökumenischen Entwicklung“ und dahinter ein Fragezeichen setzt. Denkt man gerechterweise an das Ganze der römisch-katholischen Kirche, so ist es eben doch ein sehr entschiedenes Voranschreiten, wenn auch kein „Sprung“, der nicht erwartet werden kann. Es wird keine verbindlichen Fortsetzungen des Direktoriums geben, wie Kardinal Willebrands bei der Überreichung an die Presse bemerkte, sondern nur Studiendokumente. Das ist wohl auch der angemessene Weg, eine Entwicklung, die unaufhaltsam ist, zu steuern, will man nicht ins sog. „postökumenische Zeitalter“ geraten, d. h. in ein gefährliches Stadium der Indifferenz, die niemand wollen kann.

Das Entwicklungshearing in Bonn

Für den 27. und 28. April hatte der Entwicklungshilfausschuß des Bundestages zu einem ersten *Hearing* eingeladen. Die Abgeordneten wollten sich unterrichten, an welcher Elle nach Meinung unserer Gesellschaft die Entwicklungspolitik in der kommenden Dekade gemessen werden sollte. Vorbereitete und vorher publizierte Fragen sollten Antworten auffordern nach Zielen und Schwerpunkten der deutschen Entwicklungspolitik. Aber auch Detailfragen wie z. B. zur personellen Hilfe und zur Familienplanung lagen auf dem Tisch.

Allerdings, die Initiative ging nicht von den Abgeordneten aus. 50 000 Postkarten kamen über kirchliche Stellen, über zahlreiche engagierte Jugendgruppen und die studentische „Aktion Dritte Welt“ in Umlauf. Auf ihnen wurden die Empfänger gebeten, sie unterschrieben an den

Bundestagspräsidenten mit der Bitte zu schicken, die Bundesregierung zu einem Statement über ihren Beitrag zur zweiten Entwicklungsdekade aufzufordern und dem Wunsch, den engagierten Gruppen Gelegenheit zu geben, von den *Volksvertretern* gehört zu werden.

Erfolg privater Initiativen

Die *Aktion der Jugend* hatte Erfolg. Vermeintliche Meinungsführer wurden vom Ausschuß geladen: 18 Experten und Funktionäre — letztere mit fachlicher Verstärkung — der verschiedenen mit Entwicklungshilfe und -politik befaßten Gruppen, Werke und Verbände. Die Vertreter der Initiatoren jedoch — drei an der Zahl — rangierten „unter ferner liefen“. Dem Zeitmangel der Prominenten wurde höhere Priorität eingeräumt als dem Engagement der

jungen Kritiker. Der Unmut darüber war ebenso groß wie über die starre Geschäftsordnung, die kaum einen Dialog und eine Kontroverse zwischen den Vertretern unterschiedlicher Konzeptionen zuließ. Das hätte anders sein können. Die Hearings zur Notstandsgesetzgebung waren allein methodisch durch größere Dynamik gekennzeichnet. Nach einer Pressekonferenz, von den Studenten als *Gegenveranstaltung* aufgezo-gen, verließen die Vertreter der „Aktion Dritte Welt“ die Arena — mit ihnen auch das Fernsehen. Die allgemeine Spannung ließ beträchtlich nach. So überwogen am Ende des zweiten Tages nicht nur bei den Abgeordneten die leeren Stühle, sondern auch beim Publikum. Dennoch vermittelte das Hearing einen Eindruck über den Stand der Diskussion zur künftigen Konzeption der Entwicklungspolitik. Der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, E. Eppler, fand sich bis auf seinen Wunsch, die Zahl der Entwicklungshelfer bis 1975 zu verdoppeln, voll und ganz bestätigt. Bezüglich der Gesamtperspektiven des Problems gab es wenig Differenzen: Das Zusammenleben der Menschen in „einer“ Welt postuliere eine unteilbare Verantwortung für den wirtschaftlichen und sozialen Ausgleich sowohl zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern als auch innerhalb der jungen Nationen. Für Entwicklungshilfe gäbe es kein Rangproblem in der deutschen Politik, sie sei eine zentrale Aufgabe. Daher dürfe sie weder Instrument der Außen- noch der Außenwirtschaftspolitik sein. Sie könne aber, wie der DGB-Vorsitzende, Vetter, vortrug, Motor einer auf Frieden gerichteten Außenpolitik sein. Entwicklungspolitik berühre die eigenen wirtschaftspolitischen Interessen, die für die Integration der Entwicklungsländer in eine arbeitsteilige Weltwirtschaft mit gerechten Handelsmöglichkeiten sorgen müsse. Sie sei von kurzfristigen Eigeninteressen freizumachen und habe an erster Stelle auf die Vorteile der Entwicklungsländer bedacht zu sein.

Konzentration der Zuständigkeiten

So war es nur mehr als schlüssig, daß die noch nicht vor Jahresfrist in Frage gestellte Existenz des Entwicklungshilfeministeriums (BMZ) nicht

zur Debatte stand, sondern gerade für dieses Ressort die *Konzentration der Zuständigkeiten* auch für die Kapitalhilfe einmütig gefordert wurde. Dem kommt um so mehr Bedeutung zu, als diese Forderung nicht nur von den einseitig als Lobby des BMZ bezeichneten Kirchen gestellt wurde, sondern von Praktikern mit internationalem Rang wie etwa von dem Mitglied der Pearson-Kommission und Direktor der Deutschen Bank, dem langjährigen Verwalter deutscher Kapitalhilfe, *W. Guth* (Frankfurt a. M.).

Prof. *H. Caesar* (Technische Universität, Berlin) als ehemaliger Projektleiter deckte die Mängel einer Trennung von Kapitalhilfe und technischer Hilfe auf. Auf dieser Kritik entwickelte Prof. *Tb. Dams* (Freiburg) seine pointiert vorgetragene Strategie der sozio-ökonomischen Zielsetzung der Entwicklungshilfe, bei der keine mehr oder weniger vom Zufall abhängige Förderung von punktuellen Projekten erfolgen, sondern gezielt auf sozialen Wandel als Basis des wirtschaftlichen Fortschritts *Verbundprojekte* geplant werden soll. So kam auch die langgeschmähte *Programmhilfe* zu neuen Ehren. In der kommenden Dekade gewinne sie zunehmend an Bedeutung, da die Planungen der Entwicklungsländer an Seriosität gewonnen hätten. Kapitalhilfe und technische Hilfe würden sich zudem zunehmend in ihren Formen annähern. Die Kapitalhilfe werde personalintensiver und in ihren Konditionen immer weicher, die technische Hilfe könne auch ohne deutschen Personaleinsatz auskommen, da zunehmend qualifizierte Kräfte aus Entwicklungsländern selbst gewonnen werden könnten. Beide Formen würden sich — unter gemeinsamer Zielsetzung sachlogisch vereint — in der Programmhilfe kombinieren lassen. — Ein starkes Argument, sie auch gemeinsam verwalten zu lassen!

Rückgang der öffentlichen Hilfe

Befriedigend war, daß sich mit Ausnahme des Bundes der Steuerzahler niemand mit der Höhe der zur Verfügung gestellten öffentlichen Entwicklungshilfemittel zufrieden gab. Zwar flossen 1969 1,48 % des Brutto- sozialproduktes als Finanzleistungen an Entwicklungsländer, aber es bestand Einigkeit darüber, daß man sich nicht darauf ausruhen dürfe, das

Ziel der zweiten Welthandelskonferenz erreicht zu haben und, daß eben diese 1,48 % nicht undifferenziert als Entwicklungshilfe bezeichnet werden könnten. Minister Eppler verwies auf das Bulletin der Bundesregierung vom 13. März 1969, in dem nur noch bilaterale und multilaterale öffentliche Kredite und Schenkungen als Entwicklungshilfe, Exportkredite und private Direktinvestitionen aber lediglich als weiterer Kapitaltransfer ausgewiesen werden. Auch der Vertreter der deutschen Industrie war damit einverstanden, daß Geschäft und Hilfe beim Namen genannt wurden.

Sorge bestand über den ständig sinkenden Anteil der *öffentlichen Entwicklungshilfe* trotz erheblicher Jahreszuwachsrate. So beträgt 1969 der Anteil privatwirtschaftlicher Leistungen an den Gesamtleistungen (einschließlich der kirchlichen Hilfe) 76 %, während der Anteil der staatlichen Entwicklungshilfe im gleichen Jahr nur noch 0,38 % des Brutto- sozialproduktes ausmachte. Im übrigen wurde der öffentlichen Hilfe von den Experten mit überwältigender Mehrheit größte Bedeutung zugemessen, da sie allein gezielt für soziales „Wachstum“ in Entwicklungsländern eingesetzt werden könne. Man gab der Hoffnung Ausdruck, daß das in der Regierungserklärung verkündete Ziel, die öffentliche Hilfe gemäß dem Pearson-Bericht auf 0,7 % zu erhöhen, als Minimalprogramm zu erreichen sei und die Rückflüsse aus Kapitalhilfe in Form von Entwicklungshilfe zu weichen Konditionen wieder Verwendung finden würden.

Eine zentrale Bedeutung maßen die Experten der Frage zu, wie der *soziale Ausgleich* zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern erreicht werden könne. Die oft zitierte Wohlstandskluft wurde mit konkreten Zahlenangaben deutlich gemacht: Ein Entwicklungsland weise beispielsweise ein jährliches Pro-

Kopf-Einkommen von 800.— DM und eine wirtschaftliche Wachstumsrate von 4 % auf. Dem steht ein Industrieland mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 8000.— DM und einer wirtschaftlichen Wachstumsrate von nur 2 % gegenüber. Das Entwicklungsland braucht 85 Jahre, um die weiter wachsende Diskrepanz zum Stillstand zu bringen, und 119 Jahre, um ebenso wie das Industrieland ein durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen in Höhe von 84 000.— DM zu erreichen und damit die Kluft zu schließen.

Folgen für Deutschland

Entwicklungspolitik wurde in ihrer Zweiseitigkeit transparent — in ihrer Rolle als gesamtgesellschaftliche Aufgabe in Entwicklungsländern wie im eigenen Land. Zum ersten Mal wurde ein Tabu angepackt: Entwicklungspolitik ist im Zusammenhang mit unserer eigenen Struktur-, Raumordnungs- und Subventionspolitik zu sehen. Das muß konsequenterweise Auswirkungen haben auf unrentable Branchen unserer Industrie, nicht zu vergessen unsere Landwirtschaft. Die Devise heißt: Freimachen von Kapazitäten, die wir doch nur verkrampft am Leben erhalten und damit Entwicklungsländern industrielle Produktionschancen und Absatzchancen bieten. Also Abbau von Zöllen und Einräumen von Präferenzen für Produkte aus Entwicklungsländern. Aber auch dieser Vorschlag war nicht neu. Auf Initiative von Minister Eppler hatte das Kabinett am 26. Februar 1970 gleiches schon beschlossen.

Resümierend kann man sagen, daß vor einem Jahr noch von revolutionären Ideen zur Entwicklungspolitik gesprochen worden wäre. Ende April des Jahres 1970 bestand nur Einigkeit — stellenweise müde Einigkeit, nachdem die protestierenden Studenten abgezogen waren.

Erziehungswissenschaftlicher Kongreß in Berlin

Erziehungswissenschaft, Schulreform, Bildungspolitik — in der letzten Zeit in unzähligen Berichten, Diskussionen und Dokumentationen in Presse und Fachliteratur abgehandelt — waren Themen des diesjährigen Kongresses der Deutschen Gesell-

schaft für Erziehungswissenschaft vom 12. bis 15. April 1970 in Berlin. Die aktuelle Thematik gab sowohl bei den Erziehungswissenschaftlern als auch bei den an der Erziehungswissenschaft Interessierten Anlaß zu einiger Erwartung. Diese Erwartung